

Antrag A16

Antragssteller*innen: Antikapitalistische Linke Berlin (AKL), Linksjugend [‘solid] Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Nein zu ALLEN Kürzungen! Nein zur Priorisierungs- und 2 Sachzwanglogik!

3 In Berlin drohen auf Landes- wie Bezirksebene trotz “Rekordhaushalt” massive Kürzungen.
4 Sie bedeuten den Abbau sozialer Angebote, den Wegfall kultureller Einrichtungen, die
5 Einschränkung demokratischer Teilhabe und die weitere Unterfinanzierung von Bildung,
6 Gesundheit und öffentlicher Infrastruktur – kurz: die Fortsetzung des neoliberalen Angriffs
7 auf die öffentliche Daseinsvorsorge.

8 Doch Kürzungen sind kein Naturgesetz, sondern Klassenpolitik zugunsten der Reichen.
9 Während der Bund mit Steuererleichterungen für Konzerne, Aufrüstung und
10 Schuldenbremse die öffentlichen Kassen leert, sollen in Ländern und Bezirken die sozialen
11 Dienste, Schulen und Krankenhäuser „sparen“. Diese Logik akzeptieren wir nicht.

12 Wir als Linke stellen uns der Kürzungslogik auf allen Ebenen entschieden entgegen. Wir
13 lehnen es ab, verschiedene Bereiche gegeneinander auszuspielen oder Kürzungen
14 als „notwendig“ zu akzeptieren. Leider hat die Linke-Fraktion in Friedrichshain-Kreuzberg mit
15 SPD und CDU einen Kürzungshaushalt durchgewunken. Die Logik: Lieber bei Kultur kürzen
16 als bei Jugend. Das ist keine linke Politik, sondern die Übernahme kapitalistischer
17 Sachzwänge. Das darf sich weder in anderen Bezirken noch auf Landesebene wiederholen.

18 Als Linke kämpfen wir gegen ALLE Kürzungen, die die Arbeiter:innenklasse treffen! Teil
19 unseres sozialistischen Programms für Berlin ist die Rücknahme aller Kürzungen und
20 stattdessen massive Investitionen in Bildung, ÖPNV, Gesundheit, Schulen und Soziales –
21 finanziert durch die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

22 Das heißt bundesweit: Besteuerung großer Vermögen und Konzerngewinne, Abschaffung
23 der Schuldenbremse und Stopp der Aufrüstung.

24 Und auf Landes- und Bezirksebene: Keine Zustimmung zu Haushalten, die Kürzungen
25 enthalten. Stattdessen müssen wir gemeinsam mit Gewerkschaften, Initiativen und
26 Betroffenen Widerstand aufbauen – auf der Straße, in den Bezirken und im Parlament.